Donnerstag, den 3. März 1921. I. Jahrgang. — Nr. 5

Oberschlesischer Wegweiser

für die Kreise Ratibor, Kosel und Leobschütz.

Bezugspreis: Vierteljährlich 12 Mk., monatlich 4 Mk. frei Haus inkl. wöchentlich erscheinender Unterhaltungsbeilage durch die Post. Einzelnummer 30 Pfg.

Herausgeber: Anton Rostek, Ratibor. Geschäftsstelle u. Redaktion: Ratibor, Gr. Vorstadt 88. Fernruf: Amt Ratibor 854.

Erscheint täglich mit Ausnahme des Sonntags und der hohen Festtage. — Einrückungsgebühr: die 8-gespalt. Kleinzeile oder deren Raum 1 Mk. für Anzeigen von außerhalb 1,10 Mk. — Anzeigen im Reklameteil aus dem Industriebezirk die Zeile 3.— Mk., für auswärts 3 50 Mk.

Kein Generalstreik in Polen.

Sieg des nationalen Empfindens der Arbeitermassen.

Warschau, 1. März. (Pat.) **Der Verlauf des Streiks zeigt, daß die breiten Arbeitermassen schon ein hohes Verständnis ihrer staatsbürgerlichen Pflicht und Aufgabe vollauf besitzen. Der Versuch, am Vortage der Abstimmung in Oberschlesien Unruhen hervorzurufen, ist gänzlich mißglückt.**

Im ganzen Reiche ist nirgends die Ruhe und Ordnung gestört worden. Ueberall, wo es zum Ausstande kam, war sein Charakter vollkommen ruhig. Die Arbeiter haben für die Sicherheit der Fabrikeinrichtungen und Montage selbst Sorge getragen.

In den Arbeitermassen herrscht Erbitterung auf die Streikführer, weil es sich gezeigt hat, daß der Streik den Arbeitern aufgedrungen worden ist.

Beuthen, 1. März. Der im Dombrowa-Industriegebiet von den Kommunisten angekündigte Generalstreik endete mit einem vollkommenen Fiasko. In den Bergwerken wurde die Arbeit nicht unterbrochen. Der Streik dauerte nur einige Stunden. Die Beteiligung betrug 5 bis 15 Prozent der Arbeiter in den einzelnen Bergwerken. Der Eisenbahner-Verband in Sosnowice hat den Streik widerrufen. Alle Arbeiter sind zu ihrer Arbeit zurückgekehrt. Der Zugverkehr ist normal.

Warschau, 28. Februar. Den Eisenbahnerstreik kann man für erledigt halten. Die Stellung der national-denkenden Elemente unter den Eisenbahnern ist so stark, daß es zu einem Generalstreik, der auf den 28. Februar und 1. März angesagt ist, überhaupt nicht kommen wird.

Am Sonnabend, den 26. Februar fuhren mehr Züge, als am Freitag, dem ersten Tage des Streikes. Auch Warenzüge sind aus Warschau abgegangen. Aus allen Teilen des Reiches kommen Meldungen, daß die Streikbewegung zusammengebrochen ist. Am Sonnabend wurden auf den Straßen Warschaus Flugblätter des beruflichen Arbeiterverbandes, der Handwerker, der Verbände für Selbsthilfe verbreitet, die zu einer Stellungnahme gegen den Streik auffordern. Die Stimmung der Hauptstadt ist gegen den Streik. Die Wilnaer Eisenbahner brandmarken in einem Rundschreiben an die Eisenbahner Polens die Streikenden als Verbrecher.

Lemberg, 27. Februar. Am Sonnabend um 9 Uhr vormittags erklärten die hiesigen Eisenbahner den Streik. Es streiken nur die Arbeiter in den Werkstätten. Der Zugverkehr erleidet keiner Einschränkung.

Krakau, 27. Februar. Der hiesige Eisenbahnverkehr ist normal. Von den Eisenbahnern, die am Freitag in den Streik traten, sind die meisten seit Sonnabend an ihrer Arbeit.

Kühle Aufnahme in London.

Deutsche Vorschläge verkennen die Lage.

London, 1. März. (WTB.) **Heute vormittag einhalbzwölf Uhr fand die erste Sitzung der Konferenz statt, an der die englische, französische, italienische, belgische, japanische und deutsche Delegation teilnahm. Von der deutschen Delegation waren anwesend: Dr. Simons, zwei Ministerialräte, ein Ministerialsekretär und der deutsche Botschafter. Der Präsident der Konferenz Lloyd George schlug vor, zunächst die Wiedergutmachungsfrage zu besprechen. Dr. Simons legte den Standpunkt der deutschen Regierung zu den Pariser Beschlüssen in der Wiedergutmachungsfrage dar, die in der vorliegenden Form unmöglich ausführbar seien. Einzelheiten darüber enthielten 2 deutsche Denkschriften. Simons gab dann einen Ueberblick über die deutschen Gegenvorschläge. Lloyd George bemerkte namens der Alliierten, daß die deutschen Vorschläge nach seiner Meinung auf gänzlicher Verkennung der Bedürfnisse der Lage beruhen, die Alliierten würden aber unter sich beraten und morgen antworten.**

London, 1. März. (WTB.) Die deutschen Gegenvorschläge enthalten folgenden Zahlungsplan:

Der Jetztwert der von alliierter Seite geforderten 42 Jahreszahlungen beträgt bei der von Deutschland angebotenen Rückdiskontierung mit 8 Prozent etwa 50 Milliarden Goldmark. Davon sind die bisherigen Leistungen Deutschlands in Abrechnung zu bringen, deren genauer Wert durch eine besondere gemischte Sachverständigen-Kommission festzusetzen wäre. Der verbleibende Betrag soll baldmöglichst im Wege interalliierter Anleihen beschafft werden. Zunächst schlage Deutschland eine Anleihe in möglichst großem Umfange vor, etwa bis 8 Milliarden Goldmark zu möglichst niedrigem Zinsfuß und nach fünf Jahren einsetzender Tilgung. Deutschland ist bereit, dem Anleihegläubiger die nötige Sicherheit zu gewähren. Deutschland erklärt sich bereit, durch Arbeit an dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete unter Anrechnung mitzuwirken.

Der nicht durch Anleihe oder anderweitig gedeckte Betrag der Wiedergutmachungsschuld wird mit 5 Prozent verdingt. Die am 1. Mai 1926 ungedeckten Zinsen werden ohne Zinseszins der Kapitalschuld zugeschlagen.

Ohne Hilfe der Entente verhungert Deutschland.

Aus München wird von der Reichsernährungskonferenz gemeldet: Reichsernährungsminister Hermes gab einigen Pressevertretern Aufschluß über die Ernährungslage Deutschlands. Er führte aus:

„Es gibt **keinen anderen Weg**, die Ernährungswirtschaft in Deutschland aufrecht zu erhalten **als nur durch die Hilfe der Alliierten. Wenn wir in der Ernährung auf eigene Füße gestellt werden sollten, so fürchte ich, daß auch die bescheidensten Ansprüche unmöglich erfüllt werden könnten**, um so weniger, wenn etwa das Verhältnis Deutschlands zu den bisherigen Feinden auf der Grundlage der Pariser Beschlüsse geregelt würde. Dann würde Deutschland in einen Zustand starker Unterernährung zurückgeworfen werden. Deshalb muß das größte Gewicht darauf gelegt werden, in London erneut den Beweis zu führen, **daß wir noch nicht so weit sind, um aus eigenen Kräften weiter bestehen zu können.**“

Unser Artikel in dieser Nummer „Das wahre Gesicht“, und der unter „Deutschland“ angeführte Bericht über die Unterernährung der Bergarbeiter Westdeutschlands geben uns ein Bild von dem gräßlichen Elend in Deutschland. Aus dem Munde des **deutschen Reichsernährungsministers Hermes hören wir eine Bestätigung dieser Zustände.** Wem die Gesundheit und das Wohl seiner Kinder nicht am Herzen liegt, und dessen Gewissen in blöder Abstumpfung versunken ist, der wähle deutsch.

Das wahre Gesicht.

Unter diesem Titel veröffentlicht die „Frankfurter Zeitung“ einen Artikel von Johann Corwey über die Not im sächsischen Industriegebiet. Wir führen die wichtigsten Teile dieses Artikels hier wörtlich an:

„Das Elend verbirgt sich. Ein Fremder muß gute Augen haben, wenn er die ganze Tiefe unserer Not sehen will. Die Blicke haften immer nur an gewissen talmiglänzenden Außenseite der Großstädte, sie sehen meistens nur den krampfhaften Lustbarkeitsbetrieb und jene Orte, an denen eine unbekümmerte, aber übel beleumundete Minderheit schwelgt. In die Armseligkeit des heutigen deutschen Familienhaushalts kann der Fremde nur selten einen Blick werfen. Daher die falschen Urteile über uns im Auslande, die nicht einmal von Böswilligkeit und Vorurteil auszugehen brauchen, sondern nur an der Oberfläche bleiben. Die Bevölkerung leidet unter der **Kohlennot, unter Wohnungsmangel** und, sagen wir es geradeheraus, trotz der gefüllten Läden **unter dem Hunger.**

Es herrscht eine wahre Jagd nach Kohle. Aber trotz dieser Not muß Sachsen aus der eigenen Kohlenproduktion noch thüringische Industriegebiete beliefern. Sachsen muß ihnen die Ruhrkohle ersetzen, die seit den großen Lieferungen an Frankreich und Belgien in immer geringeren Mengen nach Thüringen und Mitteldeutschland gelangt.

(Gott sei dank, daß das Industriegebiet Oberschlesiens zu Polen kommt — es müßte sonst seine Kohlen an Deutschland abgeben und selbst — — frieren. Die Red.)

Die hohe Erwerbslosenziffer ist auch bei uns der Grund der größten sozialen Not. (In Polen herrscht Arbeitermangel. Die Red.) Es gibt Bezirke, wo stets die zweite Familie von der Erwerbslosenunterstützung leben muß. Die Läden sind zwar mit Lebensmitteln und Waren angefüllt, aber der hohe Preis hindert die Mehrzahl, und zwar nicht nur in den besonders von Arbeitslosigkeit heimgesuchten Gebieten, sie zu kaufen. Die ärztlichen Untersuchungen haben ergeben, daß **die meisten sächsischen Schulkinder krank und körperlich zurückgeblieben sind.** Viele sind erschreckend unterernährt; die Tuberkulose hat stark zugenommen und ihre Bekämpfung ist hoffnungslos, solange die heutigen Ernährungs- und Wohnungszustände dauern. Es ist amtlich festgestellt, daß in manchen sächsischen Orten **auch nicht ein gesundes Kind vorhanden ist.** Ungezählte Familien sind geradezu grauenhaft in ihrer ganzen Ausstattung heruntergekommen. Es gibt viele Kinder, die als **einziges Hemd nur noch einen zerrissenen grauen Lumpen auf dem Leibe tragen,** der das Flicken und Waschen nicht mehr verträgt. Sie haben **keine warmen Winterkleider** und Geschwister müssen sich untereinander ein warmes Kleidungsstück borgen, wenn es sonst paßt. Vielen Kindern **fehlt das Schuhwerk,** sodaß ihnen der Schulbesuch zum Problem wird. Sowohl in den meisten Arbeiterfamilien, wie auch in vielen bürgerlichen fehlt es an der notbedürftigsten Leib- und Bettwäsche. Es kann nichts erneuert werden des hohen Preises wegen. Und dieses Elend trifft in Sachsen nicht nur die Großstädte und Industriebezirke, sondern auch das flache Land, das bei uns allerdings vielfach Arbeiterwohngemeinde bildet und industriell durchsetzt ist.

Ein Ort in der **Umgebung** von Dresden, dessen Bevölkerung sich zu je einem Drittel etwa aus Landwirten, Arbeitern, Beamten, Kleinrentnern und Handwerkern zusammensetzt, zeigte von 575 Schulkindern 76 normal, 89 mäßig unterernährt, 170 stark unterernährt und 240 sehr stark unterernährt. Der Fall ist typisch für sächsische Orte mit ähnlich zusammengesetzter Bevölkerung. Und zu all dieser Dürftigkeit in Ernährung, Kleidung und Heizung kommen die beengten Wohnungszustände, Wohnungsbeschlagnahme und Zwangseinquartierung sind nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem Lande die Regel geworden. Auch in den weiter entlegenen Landorten herrscht jetzt in Sachsen eine Ueberfüllung der Wohnungen, die man vor dem Kriege nur in den übelsten Großstadtquartieren kannte; nur rein landwirtschaftliche Dörfer zeigen hier bessere Verhältnisse. **Fast überall ruhen die Neubauten; manches ist angefangen und liegen geblieben.** Es fehlen die Mittel; und Wohnbauten ohne öffentlichen Zuschuß **sind** selten, aber es ist unmöglich, die Zuschüsse

geht hier um eine Provokation der ruhigen Dorfbewohner. Besonders die verschiedenen polnischen Plakate haben's ihnen angetan. Ihr Tageshandwerk besteht erstens im Bewundern schöner junger Mädchen und dann hauptsächlich in Herumschnüffeln. Augenblicklich gehen sie von Haus zu Haus und erkundigen sich, wer die polnischen Plakate angeklebt hat. Jedenfalls möchten wir den dienstfertigen Herrn vorschlagen, abends selbst zu patrouillieren und die „Verbrecher" auf frischer Tat zu ertappen und nicht nach Art ihrer germanischen Urväter bis in die späte Nacht dem mit Politik nichtsgemein habenden Gambrinusgott zu opfern und die Bewohner in ihrer verdienten Nachtruhe durch verschiedene vaterländische Gesänge zu stören. Jedenfalls dürften ihre Bestrebungen, Bismarck's Politik fortzusetzen und das „bedrohte Deutschtum" unseres Dorfes zu retten, schwerlich von Erfolg gekrönt sein.

Ein Beobachter.

Kreis Kosel.

Lohnau. (Für eine getrennte Abstimmung.) Es geht uns folgende Entschließung zu: „Wir am 15. d. Mts. versammelten Vertreter der Gemeinde Lohnau erheben flammenden Protest gegen die Abstimmung der Emigranten, da diese Abstimmung eine Fälschung des wirklichen Willens der einheimischen Bevölkerung bedeuten würde. Sollten aber diese trotzdem gegen den Willen der Einheimischen abstimmen, so verlangen wir zwecks Erhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung, daß die Emigranten gesondert und mindestens 14 Tage nach der Abstimmung der Einheimischen abstimmen." Es folgen 14 Unterschriften.

Kreis Pleß.

Groß-Chelm. (Gegen die Emigranten.) Auf einer Sitzung des hiesigen Gemeinderates wurde einstimmig beschlossen, den Emigranten keinerlei Unterkunftsräume zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig wurde der J. K. die Forderung der Nichtzulassung der Emigranten zur Abstimmung unterbreitet.

Podlesch. (Gegen eine gemeinsame Abstimmung.) Die Vertreter der hiesigen Gemeinde haben an die Interalliierte Kommission eine Entschließung gesandt, in der sie verlangen, daß die Abstimmung der Emigranten mindestens 14 Tage nach der Abstimmung der Einwohner stattfinden soll.

Die Wahlordnung in Oberschlesien.

Artikel 59.

Das Verfahren bei der Stimmabgabe.

Der Stimmberechtigte wird nach Vorzeigung seiner Wahlkarte oder des Schriftstückes, das als solche gilt, in das Abstimmungslokal eingelassen. Der Stimmberechtigte erscheint vor dem Wahlbüro, von dem er einen Umschlag und zwei Stimmzettel, nämlich einen für Deutschland und einen für Polen, erhält. Er begibt sich hierauf in die Wahlzelle, wo er den von ihm gewählten Zettel in den Umschlag hineinlegt, den anderen Zettel hingegen vernichtet. Dann tritt er wieder vor das Wahlbüro, dem er seine Wahlkarte oder das Schriftstück, das als solche gilt, übergibt. Nachdem seine Identität und seine Eintragung in die Liste der Stimmberechtigten durch das Wahlbüro festgestellt worden ist, legt der Stimmberechtigte selbst seinen Umschlag in die auf dem Tisch stehende Urne hinein.

Der Stimmberechtigte ist verpflichtet, das Abstimmungslokal zu verlassen, sobald er abgestimmt und seine von dem Wahlbüro abgestempelte Wahlkarte oder das Schriftstück, das als solche gilt, zurückerhalten hat.

Jede abgegebene Stimme wird auf der Liste der Stimmberechtigten durch den Schriftführer, wie auch auf der Nebenliste zur Feststellung der Stimmabgaben durch den zweiten Schriftführer vermerkt.

Artikel 60.

Schluß der Abstimmung.

Zu der für den Schluß der Abstimmung bestimmten Stunde läßt der Vorsitzende die Türe des Wahllokals schließen und fragt mit lauter Stimme, ob unter den anwesenden Personen noch solche seien, die noch nicht abgestimmt haben. Nachdem auch diese Personen abgestimmt haben, verkündet der Vorsitzende mit lauter Stimme, daß die Abstimmung beendet ist. In diesem Augenblick wird von dem Tisch alles weggeräumt, was zur Feststellung der Wahlergebnisse nicht erforderlich ist. Alle nicht benutzten Stimmzettel und Umschläge, die im Wahllokal noch vorhanden sind, werden gesammelt und vernichtet. Der Vorsitzende veranlaßt hierauf die Räumung des Lokals. Nur vier von dem Vorsitzenden und vier von dem stellvertretenden Vorsitzenden bestimmte Personen haben in dem Abstimmungslokal zu verbleiben, um Zeugen der Festsetzung des Abstimmungsergebnisses zu sein.

Artikel 61.

Feststellung der Stimmergebnisse.

Die Feststellung des Abstimmungsergebnisses schließt sich unmittelbar an den Schluß der Stimmabgabe an. Die Stimmzettel werden nach folgenden Kategorien geordnet: Deutschland — Polen — ungiltige Stimmen — angefochtene Stimmzettel. Zwei Stimmenzähler, einer für jede Partei, vermerken auf je einer Zählliste jede für Deutschland oder für Polen abgegebene Stimme.

Artikel 62.

Ungiltige Stimmzettel.

Ungiltig sind:

1. Die Stimmzettel (falls solche gebraucht werden sollten), die von dem vorschriftsmäßigen Muster derart abweichen, daß das Geheimnis der Abstimmung dadurch in Frage gestellt sein könnte.
2. Stimmzettel, mit sichtbaren Merkmalen versehen, die eine Verletzung des Geheimnisses der Abstimmung bezwecken.
3. Stimmzettel, die irgendwelche Zusätze oder Streichungen aufweisen.
4. Stimmzettel ohne Aufdruck.
5. Stimmzettel, die ohne Umschlag in der Urne gefunden werden.
6. Stimmzettel, die an und für sich den Vorschriften in jeder Beziehung entsprechen, aber in einem unvorschriftsmäßigen Umschlag gefunden werden.
7. Stimmzettel, die in Umschlägen gefunden werden, welche sichtbare Merkmale aufweisen, die eine Verletzung des Geheimnisses der Abstimmung bezwecken.

Jeder Umschlag darf nur einen Zettel enthalten. Wenn jedoch mehrere gleichlautende und sonst vorschriftsmäßige Zettel in einem Umschlag gefunden werden, so soll er als eine Stimme gezählt werden, wenn diese Zettel verschieden sind, so sind sie alle ungiltig.

Artikel 63.

Angefochtene Stimmzettel.

Können sich die Mitglieder des Wahlbüros über die Giltigkeit eines Stimmzettels nicht einigen, so erklärt der Vorsitzende diese Stimmzettel für angefochten. Die Anrechnung dieses Stimmzettels ist damit ausgesetzt. Der angefochtene Stimmzettel und dessen Umschlag, auf der Rückseite von den Mitgliedern des Wahlbüros unterschrieben, wird mit der gleichlautenden Nummer versehen und mit den Bemerkungen des Wahlbüros dem Protokoll beigefügt. Sie werden darauf dem interalliierten Büro zugesandt, welchem die Entscheidung zusteht.

Leset alle!

Eine sehr wichtige Verfügung der Interalliierten Kommission in Oppeln!

Stimmberechtigte Personen der Kategorie A und C, welche das Oberschlesische Abstimmungsgebiet nach dem 1. Oktober 1920 verlassen hatten und in die Stimmlisten eingetragen sind, könnten nicht abstimmen, wenn sie eine rote oder grüne Legitimationskarte nicht besitzen.

Sie müssen daher an den Paritätischen Ausschuß der Gemeinde, in welcher sie in die Stimmliste eingetragen sind, auf vorgeschriebenem Formular einen Antrag stellen auf Ausstellung eines Ausweises, zwecks Einfahrt nach Oberschlesien. Der Ausweis wird ihnen zugleich als Legitimationskarte bei der Abstimmung dienen. Dem Antrag sind 2 neuere Photographien beizufügen.

Der letzte Tag, bis zu welchem die Anträge an die Paritätischen Ausschüsse gelangen müssen, ist der 3. März!

Eltern, Brüder, Schwestern, Verwandte, Bekannte und Freunde solcher Personen, welche zum Zwecke des Lebensunterhaltung nach Deutschland oder zu Kursen oder in Lehranstalten nach Polen verzogen sind, scheidet diese Bekanntmachung aus und schickt sie zusammen mit dem Antragsformular, das in jedem polnischen Kreiskommitee zu haben ist an jene Personen. Gleichzeitig sendet an die polnischen Kreiskommitees die gegenwärtigen Adressen von Personen, von denen ihr wißt, daß sie nach dem 1. Oktober 1920 aus Oberschlesien verzogen sind.

Seid behilflich Euren Schwestern und Brüdern bei der Ausübung des Abstimmungsrechtes, rettet diese Stimmen für Polen!

Poln. Plebiszitkommissariat, Beuthen.

Pole sein, heißt frei sein!

Letzte Drahtmeldungen.

Der Völkerbundsrat veranlaßt Aenderung der Danziger Verfassung.

Paris, 1. März. Professor Apolito und General Hacking, der hohe Kommissar von Danzig, haben dem Völkerbundsrate einen Bericht unterbreitet, nachdem die tatsächliche Macht im Freistaat Danzig in den Händen einiger Senatoren liegt, die auf 12 Jahre gewählt und weder vor dem Parlamente, noch vor der Bevölkerung verantwortlich sind. Auf Grund dieses Berichtes hat der Völkerbundsrat beschlossen, die Danziger Regierung aufzufordern, die Senatoren vor der Bevölkerung verantwortlich zu machen. Der Völkerbundsrat hat sich an den hohen Kommissar von Danzig mit der Aufforderung gesandt, der Nationalversammlung und dem Senate in Danzig mögliche Aenderungen der Verfassung zu unterbreiten, die auf Grund der Erfahrung sich als notwendig oder vorteilhaft erweisen.

Ende der Londoner Konferenz am 9. März?

Amsterdam, 28. 2. Die Konferenz wird voraussichtlich schneller als in 2 Wochen zu Ende gehen, da die französischen Minister am 10. März wieder in Paris sein müssen.

Ausschluß Deutschlands aus dem Völkerbunde?

Köln, 28. 2. Ein Reuterbericht bestätigt, daß auf Antrag von zwei Ententestaaten die Besetzung des Ruhrgebiets, die Kontrolle der Zolleinnahmen und der Ausschluß Deutschlands aus dem Völkerbunde vorgeschlagen worden ist.

Terror in Irland.

London, 1. 3. W. T. B. Nach verschiedenen Blättern erfolgten auf die gestern in Cork erfolgte Erschießung von 6 Sinnfeinern blutige Angriffe auf die Truppen. 5 Soldaten wurden getötet, 11 verwundet. Die Stadt befand sich 2 Stunden unter dem Terror.

Schweres Eisenbahnunglück in Amerika.

New-York, 1. 3. W. T. B. Bei einem Zugzusammenstoß in der Nähe von Chicago wurden 40 Personen getötet, 100 verwundet.

Verantwortlicher Redakteur: H. Kowalski, Ratibor.